

FD / Motion Müller-St.Gallen / Ackermann-Fontnas vom 24. April 2007

Elternurlaub

Antrag der Regierung vom 15. Mai 2007

Nichteintreten.

Begründung:

Die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes war bereits Gegenstand der im Juni 2006 eingereichten Interpellation 51.06.48 «Vaterschaftsurlaub». Die Regierung hat in der schriftlichen Antwort vom 15. August 2006 ihre Bereitschaft signalisiert, das Anliegen bei einer nächsten Besoldungsrevision aufzunehmen und im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Gespräche zu konkretisieren. Dass es sich dabei gemäss Motion um eine bescheidene Verbesserung handeln soll, ist nicht erkennbar. Überdies vermögen die Hinweise auf die Entwicklungen in einigen Kantonen und Städten ein beschleunigtes Vorgehen nicht zu rechtfertigen, zumal diese Entwicklungen offensichtlich sehr uneinheitlich verlaufen.

Ein (bezahlter oder unbezahlter) Vaterschaftsurlaub ist unbestrittenermassen eine von mehreren Möglichkeiten zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diesem Anliegen galt auch die gleichnamige Motion 42.07.04 «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», in der ein Vaterschaftsurlaub explizit genannt wurde. Die Regierung hatte dazu mit Antrag vom 27. März 2007 für die Umwandlung in ein Postulat plädiert in der Absicht, eine sorgfältige und umfassende Auslegeordnung aller Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vornehmen zu können. Der Kantonsrat hat in der Frühjahrssession 2007 der Umwandlung zugestimmt und den Vorstoss als Postulat 43.07.20 «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» gutgeheissen. Damit ist die Regierung beauftragt worden, die geltenden Rahmenbedingungen und die tatsächliche Situation bezüglich Vereinbarkeit von Beruf und Familie darzulegen und mögliche weitergehende Massnahmen zu beantragen. Vor dem Hintergrund dieses Postulatsauftrags erscheint die vorliegende Motion als nicht opportun.

Der Antrag, auf die Motion nicht einzutreten, darf nicht als Votum gegen einen Vaterschaftsurlaub interpretiert werden. Im Gegenteil: Die Regierung bekräftigt ihre Absicht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Mit dem erwähnten Postulat ist der Weg hierzu bereits eingeschlagen worden. Dieser Weg, dem notabene alle abstimmenden Mitunterzeichnenden der gleichentags eingereichten 42.07.27 Motion «Elternurlaub» zugestimmt haben, erscheint nach wie vor zielführender als eine zeitlich vorgezogene und von anderen Massnahmen isoliert geführte Diskussion zum Vaterschaftsurlaub.